EINE-WELT-PRESSE

AUSGABE 1/2025
42. JAHRGANG

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V. (DGVN)

ISSN 1614-5437

Gutes Essen für alle Menschen

(UN Photo/Manuel Elías)

Die Arbeit des WFP *Seite 2*
Hunger als Waffe *Seite 3*
Gesundheit und Ernährung *Seite 4*
Soziale Gerechtigkeit *Seite 5*
Nachhaltige Ernährungssysteme *Seite 6*
Landwirtschaft und Klima *Seite 7*
Menschenrecht auf Nahrung *Seite 8*

Was bedeutet Ernährungssicherheit?

Die weltweiten Bemühungen zur Bekämpfung des Hungers zeigen bislang nicht den gewünschten Erfolg: Die Zahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen nimmt weiter zu. Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von bewaffneten Konflikten über Wetterextreme bis hin zu strukturellen Ungleichheiten. MONA NOTHACKER

Im Jahr 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen (United Nations – UN) die Agenda 2030. Dieser globale Aktionsplan beinhaltet 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs). Sie sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden, um die Welt, zum Beispiel durch Armutsbekämpfung oder Klimaschutz, grundlegend zum Positiven zu verändern. Mit Ziel 2 setzen sich die UN dafür ein, den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit zu gewährleisten sowie eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Der Hunger nimmt wieder zu

Doch nachdem die Zahl der Menschen, die von Hunger betroffen sind, nach 2015 zunächst zurückging, steigt sie mittlerweile wieder. Fast zehn Jahre später leben 343 Millionen Menschen in 74 Ländern in akuter Ernährungsunsicherheit, während 1,9 Millionen Menschen unmittelbar von einer Hungersnot bedroht sind. Das Welternährungsprogramm (World Food Programme – WFP) rechnet damit, dass sich die Zahl der von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen im Jahr 2025 weiter erhöhen wird. Gewaltsame Konflikte sowie klimabedingte und wirtschaftliche Krisen lassen das globale Ausmaß von Hunger sprunghaft ansteigen. Es gibt viele verschiedene Ursachen für Hunger. Festgehalten werden muss jedoch, dass es nicht zu wenig Nahrung auf der Welt gibt, sondern dass sie viel zu ungleich verteilt ist.

Was ist Ernährungssicherheit?

Während des Welternährungsgipfels 1996 wurde festgelegt, dass Ernährungssicherheit dann gegeben ist, wenn alle Menschen jederzeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu ausreichenden, sicheren und nährstoffreichen Nahrungsmitteln haben, die ihren Ernährungsbedürfnissen und -vorlieben entsprechen und ein aktives und gesundes Leben ermöglichen.

Die vier Säulen der Ernährungssicherheit

Ernährungssicherheit lässt sich in vier Säulen einteilen: Die erste Säule umfasst die (physische) Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln. Sie beschreibt, ob grundsätzlich genügend Nahrungsmittel vorhanden sind. Das hängt unter anderem davon ab, ob ausreichend Lebensmittel in der Landwirtschaft produziert und gelagert werden, Märkte stabil sind und genug Dünger oder Saatgut zur Verfügung stehen.

Der (wirtschaftliche und physische) Zugang zu Nahrungsmitteln stellt die zweite Säule dar. Ausreichend Nahrungsmittel bedeuten nicht automatisch Ernährungssicherheit, wenn Menschen keinen Zugang dazu haben oder sie sich diese nicht leisten können. Dafür brauchen sie beispielsweise ein stabiles Einkommen, eine eigene Lebensmittelproduktion oder erreichbare Märkte. Auch durch soziale Ausgrenzung wegen des Geschlechts, der sozialen Herkunft sowie ethnischer Zugehörigkeit kann der Zugang zu Nahrungsmitteln stark beeinflusst werden. Deshalb sind soziale Sicherungssysteme und eine gut ausgebaute Infrastruktur entscheidend, um etwa abgelegene Regionen mit Lebensmitteln zu versorgen.

Die dritte Säule bezieht sich auf die angemessene Nutzung von Nahrungsmitteln. Gemeint ist hierbei die tatsächliche Aufnahme von Energie und Nährstoffen in den menschlichen Körper. Sie wird beeinflusst durch die Vielfalt und Zubereitung der Nahrung, hygienische Bedingungen und das Vorhandensein von Trinkwasser. Auch wenn die ersten beiden Säulen, Verfügbarkeit und Zugang, gewährleistet sind, garantiert dies noch keine gesunde ausgewogene Ernährung. Durch einseitige Ernährung und falsche Zubereitung der Lebensmittel kann es zu Mangelernährung kommen, die sowohl Unterernährung als auch Übergewicht verursachen kann.

Die vierte Säule ist die Stabilität über die Zeit. Sie ist gegeben, wenn die anderen drei Säulen Verfügbarkeit, Zugang und Nutzung dauerhaft – unabhängig von Krisen – sichergestellt sind. Risiken für diese Stabilität sind politische Unsicherheit, wirtschaftliche Krisen, der Klimawandel oder Wetterschwankungen.

Ursachen für Ernährungsunsicherheit

Sind eine oder mehrere dieser Säulen nicht gegeben, tritt Ernährungsunsicherheit und Hunger ein. Auch wiederkehrende, saisonale Schwankungen der Ernte wirken sich auf die Ernährungssicherheit aus. In der Zeit vor der Ernte sind viele Vorräte aufgebraucht, das Angebot auf Märkten ist gering und die Preise steigen. Nach der Ernte sinken die Preise oft wieder. Allerdings können auch Extremwetterereignisse die Ernten verderben und damit Preissteigerungen verursachen.

Viele dieser Phänomene und Probleme treten global auf: Der Klimawandel verändert weltweit Lebens- und Arbeitsbedingungen. Kriege und Konflikte haben Auswirkungen auf die Versorgungslage von Menschen, denn diese ist längst durch weltweite Lieferketten bestimmt. Doch natürlich gilt das Recht auf Nahrung für alle Menschen auf der Welt. Welche Aufgaben die Vereinten Nationen und ihre Organisationen im Bereich der Ernährungssicherheit haben und übernehmen, erläutert diese Eine-Welt-Presse.

Leben retten, Leben verändern

Humanitäre Hilfsorganisationen wie das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) müssen auf immer mehr Kriege und Krisen reagieren. Mit Martin Frick, dem Leiter des WFP-Büros Berlin, sprachen wir darüber, wieso die Zahl der weltweit Hungernden mittlerweile wieder steigt.

Warum braucht es die Arbeit des Welternährungsprogramms (UN World Food Programme – WFP)?
Wir haben einen Slogan, der heißt: »Saving Lives, Changing Lives«. Dreiviertel unserer Arbeit besteht aus lebensrettender Lebensmittelhilfe. Für die Betroffenen von Kriegen oder Naturkatastrophen ist Hunger eine lebensbedrohliche Gefahr. Wir unterstützen in solchen Situationen mit Lebensmittelhilfe, aber auch mit anderen Instrumenten wie Bargeldtransfers, damit Menschen in der allerschwierigsten Zeit überleben, aber auch Hoffnung, Perspektive und die Möglichkeit haben, weiterzumachen.

Im Rahmen der humanitären Hilfe muss schnell reagiert werden, weil Menschen in Konflikten oder nach Katastrophen kurzfristig versorgt werden müssen. Ist das WFP auch in der langfristig ausgelegten Entwicklungszusammenarbeit tätig?
Das WFP leistet weniger Entwicklungshilfe, sondern Resilienzaufbau. Das bedeutet, dass wir die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit der Menschen stärken. Wir arbeiten in dem Bereich, der zwischen der akuten humanitären Krise und der klassischen Entwicklungszusammenarbeit liegt: Wie kann man Menschen helfen, damit sie in schwierigen Situationen wieder anfangen können, ihre eigenen Lebensgrundlagen aufzubauen?

Beispielsweise helfen wir in der Sahelzone Bäuerinnen, der Wüste wieder Land abzutrotzen, was dann für landwirtschaftliche Produktion genutzt werden kann. Wenn wir das schaffen, werden diese Bäuerinnen mit der Zeit von Empfängerinnen humanitärer Hilfe zu Lebensmittelproduzentinnen und Lieferantinnen für die lokalen Märkte.

Wie haben sich die Aufgaben des UN-Welternährungsprogramms in den letzten Jahren und Jahrzehnten verändert?
Das Friedensforschungsinstitut SIPRI hat im Jahr 2024 festgestellt, dass wir noch nie so viele Kriege und Konflikte hatten wie zurzeit: 59 aktive Konflikte weltweit. Etwa zwei Drittel der Menschen, denen wir helfen, leben in Konfliktgebieten. In diesen Gebieten wird entweder gekämpft oder es können jederzeit Kämpfe auftreten. Aber nicht nur die schiere Zahl der Kriege und Konflikte macht WFP zu schaffen, sondern auch die Flüchtlingskrisen, die über Jahre oder Jahrzehnte immer weiter andauern. In Dadaab in Kenia etwa leben manche somalischen Flüchtlinge seit über 30 Jahren im Flüchtlingslager. Dass wir dort aktiv sind, zählt eigentlich nicht in den Bereich der klassischen humanitären Hilfe. Dennoch brauchen die Menschen Unterstützung, weil sonst die einfachsten Lebensgrundlagen fehlen würden.

Mit Ziel 2 ›Kein Hunger‹ der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) soll bis zum Jahr 2030 kein Mensch mehr hungern müssen. Derzeit kann man statt positiven Entwicklungen Rückschritte beobachten. Woran liegt das?
Als im Jahr 2015 die 17 Ziele verabschiedet wurden, hatten wir bis dahin einen Rückgang bei der absoluten Anzahl der Menschen, die Hunger leiden. Das ist umso erstaunlicher, da die Weltbevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg stark gestiegen ist. 2016 hat die Entwicklung angefangen zu stottern und seit der Covid-Krise und dem Überfall auf die Ukraine sehen wir einen Flächenbrand des Hungers. In kürzester Zeit ist die Zahl der akut Hungernden von 135 Millionen im Jahr 2019 auf 343 Millionen im Jahr 2024 gestiegen. Auf Englisch nennen wir als Grund die drei Cs: Conflict, Climate Change und Costs. Konflikte hatte ich bereits erwähnt: Wir haben so viele Konflikte, wie wir sie noch nie hatten.

Zudem spüren wir auch immer stärker den Einfluss des Klimawandels: große Wetterkatastrophen, Dürren, Extremregenfall. Aber auch kleine Veränderungen in den Wettermustern bedeuten Ernteeinbußen bis hin zu Verlusten ganzer Ernten. Im Jahr 2023 wurden 72 Millionen Menschen wegen des Klimawandels in akuten Hunger getrieben – ein Anstieg von 26 Prozent gegenüber 2022.

Der dritte Punkt, Kosten, ist komplex. Viele arme Länder sind stark überschuldet. Die am wenigsten entwickelten Länder der Welt zahlen gemeinsam pro Jahr 800 Milliarden Dollar nur an Zinsen für aufgenommene Kredite. Das drückt unglaublich auf ihre Wirtschaftskraft. Schuld daran ist die Covid-Krise, während der Lieferketten unterbrochen waren, aber auch im großen Maßstab private Geldtransfers aus der Diaspora in die Heimatländer ausgeblieben sind. Außerdem hat der Krieg in der Ukraine Preise nach oben getrieben. Zuletzt sehen wir beängstigende Inflationsraten, die der Wirtschaftskraft vieler Länder ebenfalls zu schaffen machen. Wenn man das alles zusammennimmt, stehen Menschen vor dem Problem, dass insbesondere Grundnahrungsmittel viel teurer geworden sind.

Die Länder befinden sich in einer starken Abhängigkeit vom globalen Handel. Deshalb sagen wir: Sie müssen wieder stärker selbst produzieren und das Produzierte muss wieder diverser werden. Zum Beispiel durch eine Rückbesinnung auf traditionelle Sorten wie Hirse oder Kichererbsen. Sie sind nährstoffreich, aber auch klimaangepasst und können mit Hitze und Trockenheit umgehen.

Wir könnten heute bereits 10 Milliarden Menschen auf der Welt ernähren mit dem, was produziert wird. Wenn unsere Ernährungssysteme besser funktionieren würden, gäbe es eigentlich kein Problem.

Was braucht das WFP von der Staatengemeinschaft und spezifisch von Deutschland?
Wir brauchen starke diplomatische Initiativen, um diese vielen Kriege zu stoppen und einzudämmen. Und wir brauchen ausreichend Finanzierung. Im Prinzip benötigen wir, um den größten Hunger weltweit zu bekämpfen, gerade mal so viel Geld, wie die Weltgemeinschaft in zwei Wochen für Kaffee ausgibt. Das ist machbar.

Dass derzeit viele Länder wie auch Deutschland Mittel für humanitäre Hilfe oder sogenannte Übergangshilfe kürzen oder das vorhaben, ist eine gefährliche Entwicklung. In sehr vielen Ländern der Welt arbeiten wir schon mit stark reduzierten Rationen, die wir an weniger Menschen verteilen.

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit scheint immer nur für einige wenige Konflikte zu reichen. Wie geht das WFP mit den sogenannten »vergessenen Krisen« um?
Das ist in der Tat ein Problem. Wir haben in der Öffentlichkeit immer nur ein beschränktes Aufnahmevermögen für all die Krisen. Selbst große Krisen werden durch die geopolitische Lage aus den Nachrichten verdrängt. Wir werden aber nicht müde, über die Krisen zu berichten. WFP ist ein Programm der Vereinten Nationen, das praktisch keine Kernfinanzierung hat. Das heißt, für jede Situation, für jedes Land, in dem humanitäre Hilfe notwendig ist, müssen wir Geld extra einwerben. Und deswegen ist dieser Begriff der vergessenen Krise eben bedrohlich, denn wo Menschen vergessen werden, fließt kein Geld. Dann haben wir nicht die Möglichkeit, die Menschen zu unterstützen.

Wie geht man persönlich mit den riesigen Herausforderungen auf der Welt um, um die sich das WFP tagtäglich kümmert?
Das gesamte WFP besteht aus Überzeugungstätern. Die Kolleginnen und Kollegen, die ich im Feld erlebe, sind Menschen, die mit Herz und Seele dabei sind. Sie sind vielleicht auch hoffnungslose Optimisten und versuchen gegen alle widrigen Umstände immer wieder, Hilfe zu leisten.

Man muss aber auch sagen, dass es noch nie so gefährlich gewesen ist, humanitäre Helferin oder Helfer zu sein. Im Jahr 2024 erreichten wir einen traurigen Rekord: Es sind so viele Menschen umgekommen bei dem Versuch, Hilfe zu leisten, wie noch nie zuvor. Man kann nur größten Respekt vor meinen Kolleginnen und Kollegen haben, die im Feld arbeiten.

Können Sie auch von Erfolgen oder ermutigenden Erfahrungen berichten, die Sie weitermachen lassen?
Im Norden des Sahels fahren wir ein Programm, bei dem der Wüste wieder Land abgetrotzt wird. Das geschieht mittels traditioneller und moderner Methoden. Dazu unterstützen wir die Menschen mit Maßnahmen für sozialen Schutz wie Bargeldzahlungen oder Schulmahlzeiten. Im Norden Nigers haben wir es zum Beispiel geschafft, dass trotz ausgedehnter Dürre 500 000 Menschen nicht auf humanitäre Hilfe angewiesen waren.

Das gibt mir Hoffnung, dass Menschen wieder selbst in die Lage kommen, für sich zu sorgen, was sie ja auch wollen. Niemand ist gerne Empfänger humanitärer Hilfe, niemand will gerne Almosen haben. Das ist eine Erfahrung, die wir auf der ganzen Welt machen: Menschen sind nicht nur hungrig, sondern sie sind auch hungrig auf Chancen. Denn es hat viel mit der persönlichen Würde zu tun, wenn man für sein Einkommen selbst sorgen kann.

Im Rahmen der Notfallhilfe versorgte das Welternährungsprogramm im Jahr 2018 in der Demokratischen Republik Kongo Ebola-Überlebende und Menschen, die möglicherweise Träger des Virus waren, mit Nahrungsmitteln. (UN Photo/Martine Perret)

Martin Frick
ist der Direktor des WFP-Büros für Deutschland, Österreich und Liechtenstein. Das Büro in Berlin hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit mit der Regierung auszubauen und die Öffentlichkeit auf das Thema Hunger aufmerksam zu machen.

Hunger als Waffe

Warum schafft es die Weltgemeinschaft trotz wachsenden Fortschritts und Wohlstand nicht, die Zahl der Millionen von hungernden Menschen zu senken? Das Welternährungsprogramm sieht bewaffnete Konflikte als Hauptursache von Hunger. Kriegerische Auseinandersetzungen sind jedoch sowohl Ursache als auch Folge von Hunger. FRÉDÉRIC LOEW

Im Jahr 2022 besuchte UN-Generalsekretär António Guterres den Hafen von Odessa in der Ukraine. Welche starken Auswirkungen Kriege und Konflikte auf die Produktion von Lebensmitteln und den Welthandel haben, zeigte zuletzt der Krieg in der Ukraine. Die Vernichtung von Nahrungsmitteln sowie die Erhöhung der globalen Preise für diese gefährden die Ernährungssicherheit weltweit. (UN Photo/Mark Garten)

Hunger stellt nach wie vor eines der größten globalen Probleme dar. In einem jährlich erscheinenden Bericht zur Ernährungssicherheit schätzten die Vereinten Nationen die Zahl der hungerleidenden Menschen im Jahr 2023 auf zwischen 713 und 757 Millionen. Bis 2030 wird diese Zahl voraussichtlich auf 582 Millionen sinken. Damit ist das Ziel 2 für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs), allen Menschen bis 2030 Zugang zu ausreichend Nahrungsmitteln zu ermöglichen und den Hunger zu besiegen, stark gefährdet. Warum schafft es die Weltgemeinschaft trotz wachsenden Fortschritts und Wohlstand nicht, diese Aufgabe zu bewältigen? Das Welternährungsprogramm (World Food Programme – WFP) sieht bewaffnete Konflikte als Hauptursache von Hunger. Und kriegerische Auseinandersetzungen sind nicht nur Ursache von Hunger, sondern können auch Folge von Hunger sein. Durch Kampfhandlungen werden Menschen vertrieben und Lebensgrundlagen zerstört. Das erschwert die Lebensmittelproduktion, führt zu einer Verknappung von Nahrungsmitteln und hat Hunger zur Folge. Gleichzeitig entstehen neue Verteilungskämpfe um Land, Nahrung und Wasser, die durch den Hunger verursacht werden. Man kann von einem Teufelskreis aus Gewalt und Hunger sprechen. Aktuelle Beispiele gibt es mehr als genug. In Palästina, Jemen und der Ukraine leiden eine hohe Anzahl an Menschen an akutem Hunger, die auf Grund von kriegerischen Auseinandersetzungen verursacht wurden. Während in Syrien und dem Sudan Hunger und die Ernährungslage Faktoren waren, die zu Krisen geführt haben.

Hunger als Kriegsstrategie

Hunger wird immer wieder von Konfliktparteien als Waffe eingesetzt. So zerstört die russische Armee in der Ukraine häufiger gezielt Infrastruktur zur Produktion und Lagerung von Getreide. Zudem ließ Russland im Jahr 2023 das Schwarzmeerabkommen auslaufen und blockierte den Export von ukrainischen Gütern über das Schwarze Meer. Da sowohl Russland als auch die Ukraine weltweit zu den größten Produzenten von Sonnenblumenöl, Mais, Gerste und Weizen gehören, hat das Auswirkungen auf die globale Ernährungssicherheit. Russland nutzt dies, um Druck auf die Weltgemeinschaft auszuüben und den Krieg in der Ukraine zum eigenen Vorteil zu beeinflussen. Besonders besorgniserregend waren im Jahr 2024 auch die Äußerungen des israelischen Finanzministers Bezalel Smotrich. Er sagte, dass die vorsätzliche Aushungerung der palästinensischen Zivilbevölkerung »gerechtfertigt und moralisch« sein könne, solange die Terrororganisation Hamas israelische Geiseln in ihrer Gewalt habe. Dies würde nach internationalem Recht ein Kriegsverbrechen darstellen und wurde daher zurecht vom UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk scharf kritisiert.

Internationales Recht gegen Kriegsverbrechen

Der UN-Sicherheitsrat reagierte bereits im Jahr 2018 mit der Resolution 2417 auf das Zusammenspiel von Hunger und Konflikt. Darin wird festgestellt, dass das Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegsführung völkerrechtlich verboten ist. Alle Staaten werden aufgefordert, dies zu unterbinden und dafür zu sorgen, dass die Grundbedürfnisse der Zivilbevölkerung gedeckt sind. Dies war zwar bereits durch Zusatzprotokolle der Genfer Konvention von 1977 verboten, hat aber einen wichtigen Impuls gesetzt. Im Jahr 2019 erweiterte der Internationale Strafgerichtshof (International Criminal Court – ICC) seine Zuständigkeit auf die Aushungerung von Zivilisten in innerstaatlichen Konflikten, was als praktische Konsequenz der Resolution gewertet wurde. Als der Chefankläger des ICC Karim Khan im Jahr 2024 Haftbefehle gegen Anführer der Hamas und Regierungsmitglieder Israels wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beantragte, bezog er sich unter anderem ganz konkret auf das »Aushungern von Zivilisten als Methode der Kriegsführung als Kriegsverbrechen«.

Will man allen Menschen Zugang zu ausreichend Nahrungsmitteln ermöglichen, muss man den Teufelskreis aus Gewalt und Hunger durchbrechen. Das beste Mittel, um dies zu erreichen, ist die konsequente Einhaltung und Durchsetzung internationalen Rechts. Solange bewaffnete Konflikte existieren, muss darauf gedrungen werden, dass das Völkerrecht eingehalten und die Menschenrechte geachtet werden. Bei Regelverstößen müssen die Verantwortlichen mit Konsequenzen rechnen. Das funktioniert aber nur, wenn die Mehrheit aller Staaten die Urteile und Haftbefehle internationaler Gerichte anerkennt. Da dies absehbar nicht der Fall sein wird, muss zumindest eine humanitäre Notversorgung der Zivilbevölkerung unter allen Umständen gesichert werden. Dazu braucht es vor allem auch die Zusagen der Industrienationen für die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel und den Willen, international Verantwortung zu übernehmen.

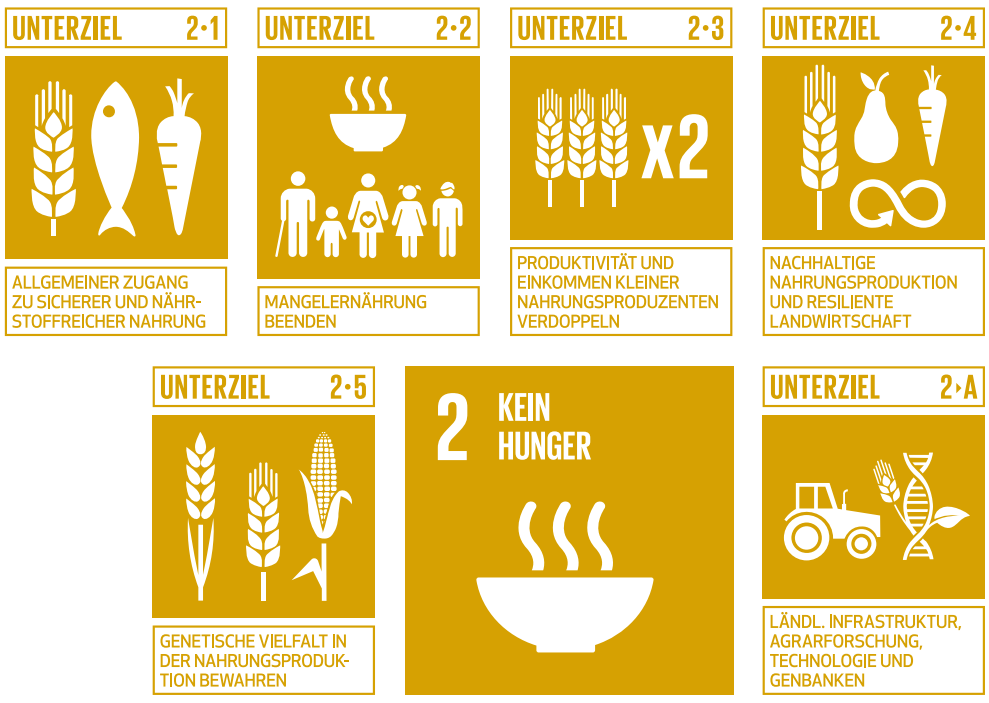
PHASE 1	PHASE 2	PHASE 3	PHASE 4	PHASE 5
Keine / minimale Ernährungsunsicherheit	**Angespannt**	**Krise**	**Notlage**	**Katastrophe / Hungersnot**
Haushalte können ihren grundlegenden Nahrungsbedarf und andere Grundbedürfnisse erfüllen. Zur Sicherung von Nahrung und Einkommen müssen sie keine ungewöhnlichen oder kurzfristigen Strategien anwenden.	Haushalte können ihren Mindestbedarf an Nahrung decken. Sie können sich jedoch einige Grundbedürfnisse nur durch belastende Bewältigungsstrategien leisten.	Haushalte haben Ernährungsdefizite, die sich in hoher oder überdurchschnittlicher akuter Mangelernährung zeigen. Oder sie können minimalen Nahrungsbedarf nur durch das Aufbrauchen lebenswichtiger Ressourcen oder durch krisenhafte Bewältigungsstrategien decken.	In Haushalten herrscht große Nahrungsmittelknappheit, die zu sehr hoher akuter Mangelernährung und übermäßiger Sterblichkeit führt. Große Nahrungsmittelknappheit kann nur durch Notfallstrategien und den Verkauf von lebenswichtigen Vermögenswerten abgemildert werden.	Haushalte leiden unter extremem Mangel an Nahrung und/oder können andere Grundbedürfnisse nicht erfüllen, selbst nach vollständigem Einsatz von Bewältigungsstrategien. Es treten Hunger, Tod, Verelendung und extrem kritische akute Mangelernährung auf.
Fakt: Weniger als 3 Prozent der Bevölkerung sind akut unterernährt. Die Bevölkerung hat Zugriff auf eine gleichbleibende Menge und Qualität an Nahrungsmitteln.	**Fakt:** Maximal 10 Prozent der Bevölkerung sind akut unterernährt. Die Menschen haben kein nachhaltiges Einkommen.	**Fakt:** 10 bis 15 Prozent der Bevölkerung sind akut unterernährt und die Auswahl an Nahrungsmitteln ist begrenzt.	**Fakt:** Zwischen 15 und 30 Prozent der Bevölkerung sind akut unterernährt. Die Ernährung ist auf drei oder weniger Lebensmittelgruppen beschränkt.	**Fakt:** Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung sind akut unterernährt. Mindestens zwei von 10 000 Menschen sterben pro Tag an den Auswirkungen.
Erforderlich: Maßnahmen zum Aufbau von Stabilität und Widerstandsfähigkeit und zur Katastrophenvorsorge.	**Erforderlich:** Maßnahmen zur Risikominderung bei Katastrophen und zum Schutz der Lebensgrundlagen.	**Dringend erforderlich:** Lebensgrundlagen schützen und Lücken in der Nahrungsmittelversorgung verringern.	**Dringend erforderlich:** Leben und Lebensgrundlagen retten.	**Dringend erforderlich:** Vollständigen Zusammenbruch der Lebensgrundlagen verhindern bzw. rückgängig machen und Leben retten.

Erfährt man aus den Nachrichten von einer humanitären Katastrophe oder einer Hungersnot, beruht diese Einstufung auf der sogenannten Integrierten Klassifizierung der Ernährungssicherheitsphasen (Integrated Food Security Phase Classification – IPC). Ein Netzwerk verschiedener Organisationen, u. a. Unicef, FAO oder WHO, erhebt weltweit Daten, die dazu dienen, die Ernährungssituation in Regionen und Staaten einzuschätzen und Hilfseinsätze zu planen. Die **IPC-Skala** soll akute Ernährungsunsicherheit, die Leben oder Lebensgrundlagen gefährdet, verhindern oder verringern.

Gesundheit, Wohlempfinden und Wohlstand

Ernährungssicherheit ist ein hohes Gut. Fehlt diese, beeinflusst das nicht nur die Gesundheit negativ, sondern verursacht auch Einbußen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Gesellschaften und eine Gefährdung des sozialen Zusammenhalts.

PROF. ULRIKE ARENS-AZEVÊDO, DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR ERNÄHRUNG e. V.



Bis zum Jahr 2030 wollen die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen **17 Ziele für nachhaltige Entwicklung** verwirklichen, um allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen und den Planeten zu schützen. Ziel 2 soll den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern. Zu Ziel 2 ›Kein Hunger‹ gehören acht Unterziele.

Ernährungssicherheit ist längst nicht für alle Menschen auf der Welt gegeben. Laut einem Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization – FAO) litten im Jahr 2024 weltweit zwischen 713 und 757 Millionen Menschen an Hunger. Die FAO hat Ernährungssicherheit als dann gegeben definiert, »wenn alle Menschen zu jeder Zeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu ausreichenden, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln haben, die ihren Ernährungsbedürfnissen und -vorlieben entsprechen und ein aktives und gesundes Leben ermöglichen«.

Für die Ernährungssicherheit von Menschen ist also nicht nur die Menge an Nahrung wichtig. Auch die Qualität der Lebensmittel und die Ausgewogenheit der Ernährung sind entscheidend. Nur falls sie ausreichend erfüllt sind, können Menschen ihrem Körper die notwendigen Nährstoffe wie Eiweiß oder Vitamine zuführen und gesund leben. Insgesamt unterscheidet die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization – WHO) verschiedene Formen der Fehlernährung: Unterernährung, Vitamin- und Mineralstoffmangel, Übergewicht, Adipositas. Daraus folgen ernährungsbedingte nichtübertragbare Krankheiten.

Welche gesundheitlichen Auswirkungen hat Ernährungsunsicherheit?

Die Auswirkungen von Ernährungsunsicherheit sind gravierend und können die durchschnittliche Lebenserwartung senken. Weltweit ist nicht nur die Anzahl der von Hunger betroffenen Menschen sehr hoch, auch die Anzahl der Übergewichtigen hat insbesondere in den Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen aufgrund veränderter Ernährungsgewohnheiten stark zugenommen. In der Folge von Übergewicht und Adipositas treten weitere Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes mellitus Typ 2 häufiger auf. Kinder und Jugendliche sind von Hunger und Mangel besonders stark betroffen, wobei vor allem die ersten zwei Lebensjahre aufgrund der schnellen Entwicklung kritisch sind. Ein Mangel an Nährstoffen in diesem Lebensabschnitt kann auch in späteren Jahren kaum aufgeholt werden. Angefangen von einem geringeren Geburtsgewicht und einem verzögerten Längenwachstum bis hin zu einem häufigeren Auftreten von Übergewicht bringt auch der Mangel an Vitaminen und Mineralstoffen zusätzliche Gefährdungen mit sich. Diese qualitative Mangelernährung, also eine einseitige Ernährung, wird auch als versteckter Hunger bezeichnet. Das gleichzeitige Auftreten von Überernährung und Mangelernährung wird als doppelte Belastung bezeichnet.

Mangelernährung führt zu sozialen Nachteilen

Eine zu geringe Zufuhr an Eisen, Zink, Jod, Calcium, Folsäure, Vitamin B12 und D beeinträchtigt stark die Entwicklung des Gehirns. Einschränkungen der geistigen Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit, Lese-, Schreib- und Rechenschwäche sind die Folgen. Darüber hinaus ist auch die körperliche Fitness verringert und die Immunabwehr herabgesetzt. Hierdurch treten häufiger Krankheiten auf, wodurch betroffene Kinder und Jugendliche mehr in der Schule fehlen und schlechtere Leistungen erbringen. Keine oder niedrigere Schulabschlüsse und geringere Berufs- und Karrierechancen sind somit wahrscheinlich. Darüber hinaus leiden Kinder und Jugendliche aus betroffenen Haushalten in hohem Maße unter Scham, Stigmatisierung und Ausgrenzung. Inwieweit diese sozialen Faktoren im späteren Leben überwunden werden können, ist noch nicht so gut untersucht wie die körperlichen Auswirkungen der Fehlernährung. In jedem Fall lässt sich festhalten, dass Ernährungsunsicherheit Chancengleichheit verhindert und den Start in ein eigenständiges Leben erschwert.

Von Ernährungsunsicherheit betroffene Erwachsene haben häufig weniger soziale Kontakte, können vereinsamen und haben ein höheres Risiko, beispielsweise an Depressionen zu erkranken. Fehlernährung bedeutet auch im Alter verminderte Immunabwehr, höhere Krankheitsanfälligkeit und erhebliche Einbußen bei Gesundheit und Wohlempfinden.

Ernährungsunsicherheit muss reduziert werden!

Die deutlichen Folgen von Ernährungsunsicherheit machen den dringenden Handlungsbedarf deutlich. So haben die FAO, die WHO und das Welternährungsprogramm (World Food Programme – WFP) schon frühzeitig dazu aufgerufen, mittels Schulspeisung den körperlichen Folgen von Fehlernährung vorzubeugen. Weltweit wird deshalb die Kita- und Schulverpflegung als eines der wichtigsten Sicherheitsnetze gegen Ernährungsunsicherheit gesehen. Mahlzeiten in Kita und Schule sind die Grundlage dafür, dass Kinder und Jugendliche während des ganzen Tages fit bleiben, aufmerksam und leistungsfähig sind. Bei entsprechender Qualität der Mahlzeiten lernen sie gesundheitsfördernde Lebensmittel und Speisen kennen, was ihre Ernährungsgewohnheiten positiv prägen kann. Dies fördert insgesamt Gesundheit, Wohlbefinden und Zufriedenheit.

Zu den **Aufgaben der UN** gehören u. a.:

- Lieferung und Verteilung von Nahrungsmitteln in Notsituationen
- Stärkung der Rolle von Frauen bei der Nahrungsmittelproduktion
- Programme für Schulernährung
- Förderung von kleinbäuerlichen Strukturen
- Versorgung von mangelernährten Kindern mit Spezialnahrung
- Beratung zu guter Ernährung

Viele **Organisationen der Vereinten Nationen** sind im Bereich der Ernährungssicherung tätig. Das sind u. a.:

- das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (Unicef)
- UN Women
- das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs – OCHA)
- Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees – UNHCR)

Das **Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen** (United Nations Development Programme – UNDP) arbeitet in rund 170 Ländern und Gebieten daran, die Entwicklungschancen von in Armut lebenden Menschen zu verbessern.

Der **Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung** (International Fund for Agricultural Development – IFAD) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen, die sich um die Armutsbekämpfung in ländlichen Gebieten kümmert.

Ziel der Arbeit der **Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen** (Food and Agriculture Organization – FAO) ist es, Ernährungssicherheit für alle Menschen zu erreichen und sicherzustellen, dass sie ständig Zugang zu ausreichend hochwertigen Nahrungsmitteln haben. Auch die Verbesserung der Erzeugung von Lebensmitteln sowie die Stärkung der ländlichen Bevölkerung gehören zu den Aufgaben.

Das **Welternährungsprogramm** (World Food Programme – WFP) leistet in Krisen Nothilfe und und liefert den Menschen Nahrungsmittel. Neben der humanitären Hilfe unterstützt das WFP durch Projekte bei der Produktion von Lebensmitteln oder bei der Anpassung an den Klimawandel.

Der **UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung** hat das Mandat der UN, weltweit die Lage des Rechts auf Nahrung zu überwachen. Er führt Länderbesuche durch, tauscht sich mit Staaten und anderen Institutionen aus und berichtet jährlich an den Menschenrechtsrat und die UN-Generalversammlung.

(UN Photo/UNICEF/Marco Dormino)

Gutes Essen – nicht für alle in Deutschland

Der Begriff Ernährungsarmut bedeutet weitaus mehr, als er vermuten lässt. Gute Ernährung hat auch eine soziale Komponente und ist nicht für alle Menschen selbstverständlich. SILVIA MONETTI, VERBRAUCHERZENTRALE NRW e.V.

Essen sollte nicht nur abwechslungsreich und gesund sein. Zu Ernährungssicherheit gehört auch, dass Menschen sich gute Ernährung finanziell leisten können und Lebensmittelgeschäfte gut erreichbar sind. (FAO/Sanja Knežević)

Ernährungsarmut beschreibt eine Situation, in der Menschen keinen ausreichenden Zugang zu angemessenen und nahrhaften Lebensmitteln haben. Dieser fehlende Zugang kann physisch sein, wenn sie zum Beispiel weit entfernt von Lebensmittelgeschäften leben oder ökonomisch, wenn ihnen das Geld fehlt, um ausreichende Lebensmittel zu kaufen. Dabei geht es nicht nur um die Quantität der Lebensmittel, sondern auch um deren Qualität. Nehmen die Menschen nur Kalorien zu sich oder auch ausreichend Mikronährstoffe, die der Körper braucht?

Doch Essen bedeutet viel mehr als nur Nahrungsaufnahme. Ein Geburtstagskuchen, ein gemeinsames Mittagessen in der Kantine, ein Kaffee mit Freunden: Essen ist zentral für die gemeinschaftliche Teilhabe, die soziale Zugehörigkeit und die psychische Gesundheit. Muss eine Person ihren Konsum auf das absolute Minimum reduzieren und ihr Ernährungsverhalten erlaubt es nicht, soziale Beziehungen aufzubauen oder Sitten und Gebräuche einzuhalten, dann haben wir es mit sozialer Ernährungsarmut zu tun. Eine gesunde, ausreichende Ernährung ist ein Menschenrecht, völkerrechtlich verankert in Artikel 11 des UN-Sozialpaktes – und in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, ein Privileg für viele Menschen.

Alltag für Millionen Menschen in einem reichen Land

Ernährungsarmut hat viele Ursachen, die häufig in Kombination auftreten: u.a. zu wenig Geld, mangelnde Ernährungskompetenzen, ein ungenügendes Lebensmittelangebot und Strukturen, die die Produktion und Vermarktung von energiedichten und nährstoffarmen Produkten begünstigen. Immer mehr Menschen in Deutschland fehlen das Geld oder die Kenntnisse, um sich ausreichend und ausgewogen zu ernähren. Gutes Essen gibt es nur für die, die wissen, wie eine gesunde, abwechslungsreiche Ernährung funktioniert, die sich in dem Label-Dschungel im Supermarkt zurechtfinden, die in der Lage sind, die Tricks der Werbeindustrie zu durchschauen. Bevölkerungsgruppen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status – zum Beispiel kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Beschäftigte im Niedriglohnsektor, Nichterwerbstätige, Personen mit niedrigem Bildungsniveau oder Sprachbarrieren – sind überproportional nicht nur von Ernährungsarmut, sondern auch von ihren gravierenden gesundheitlichen Folgen betroffen, wie Übergewicht, Diabetes Typ 2 und Herz-Kreislauf-Krankheiten.

Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization – FAO) sind rund vier Millionen Menschen von materieller Ernährungsarmut betroffen, Tendenz steigend. Da finanzielle Armut einer der Hauptrisikofaktoren für Ernährungsarmut ist, ist es aber sehr wahrscheinlich, dass noch mehr Menschen davon betroffen sind, zumindest zeitweise. Im Jahr 2024 waren 13 Millionen Menschen in Deutschland von Armut bedroht oder betroffen – und vor allem am Ende des Monats reicht das Einkommen häufig nicht aus. In den sogenannten »Streckwochen« kommen dann häufiger nur noch Nudeln oder Milchreis auf den Tisch. Elf Prozent aller Haushalte konnten sich 2024 nicht einmal jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch oder einer vegetarischen Proteinalternative leisten, für neun Prozent der Bevölkerung war es unmöglich, wenigstens einmal im Monat mit Freunden oder Familie essen oder etwas trinken zu gehen. Die Inflationskrise der letzten Jahre hat die Lage noch verschärft: Lebensmittel kosten heute im Durchschnitt über 30 Prozent mehr als 2021 und es ist nicht zu erwarten, dass die Preise wieder deutlich sinken werden.

Was muss sich ändern?

In der 2024 verabschiedeten Ernährungsstrategie der Bundesregierung wird Ernährungsarmut als Problem anerkannt. Doch es fehlt an Vorschlägen für konkrete Maßnahmen. Diese braucht es jedoch, um allen Menschen in unserem Land zu ermöglichen, genug Geld zur Verfügung zu haben, um sich ausreichend und gut zu ernähren – und die Gestaltung von Strukturen, die gutes Essen zur einfachsten Option machen. Um Ernährungsarmut endlich nicht mehr zu bekämpfen, sondern vorzubeugen.

Anbau für die Satten

Ohne soziale Gerechtigkeit kein Ende des Hungers. ROMAN HERRE, FIAN DEUTSCHLAND

Der Zusammenhang zwischen Armut und Hunger ist zentral: 2,8 Milliarden Menschen sind laut Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization – FAO) zu arm, um sich gesunde Nahrung leisten zu können. Trotzdem schaffen es die tonangebenden Akteure der Agrar- und Lebensmittelindustrie immer wieder, den Blick von diesen politischen und sozialen Ursachen auf eine Frage von Produktionsmengen und technologischen Neuerungen umzulenken.

Hunger als Verteilungsfrage begreifen

Betrachtet man die global bedeutendsten Anbauprodukte, zeigt sich, dass unser Agrar- und Ernährungssystem immer weniger darauf ausgerichtet ist, Hunger zu bekämpfen. Zum Beispiel Mais: Dessen globale Anbaufläche ist seit dem Jahr 2000 von 137 Millionen auf 208 Millionen Hektar gewaltig gestiegen. Mit diesem Zuwachs – der sechsfachen Ackerfläche Deutschlands – ist der Maisanbau weltweit am stärksten expandiert. Jedoch werden nur 15 Prozent der globalen Maisernte für die direkte Ernährung verwendet. Das meiste landet in Futtertrögen und über Ethanol-Fabriken in Autotanks.

So auch in Sambia. Hier leidet fast die Hälfte der Bevölkerung Hunger, obwohl das Land große Überschüsse am Grundnahrungsmittel Mais produziert und damit leicht den Kalorienbedarf der gesamten Bevölkerung decken könnte.

Ungleichheit angehen

Hunger trifft besonders Menschen, die von Armut betroffen sind oder sozial ausgegrenzt werden. Nicht, weil Lebensmittel knapp sind, sondern weil den Menschen schlicht das Geld fehlt, um sie zu kaufen. Oder aber das Land zum Anbau von Nahrung ist zu knapp. Ursache hierfür kann entweder Landgrabbing sein, also der häufig halblegale oder illegale Landerwerb durch internationale Konzerne, private Investoren oder staatliche Akteure, oder hohe Landbesitzkonzentration, das heißt, wenige Landwirtschaftsbetriebe bewirtschaften den Großteil der Nutzfläche. Einkommen und auch Land sind extrem ungleich verteilt. Es ist eine politische Aufgabe, sich mit den enormen Ungleichheiten auseinanderzusetzen und diese zu beseitigen.

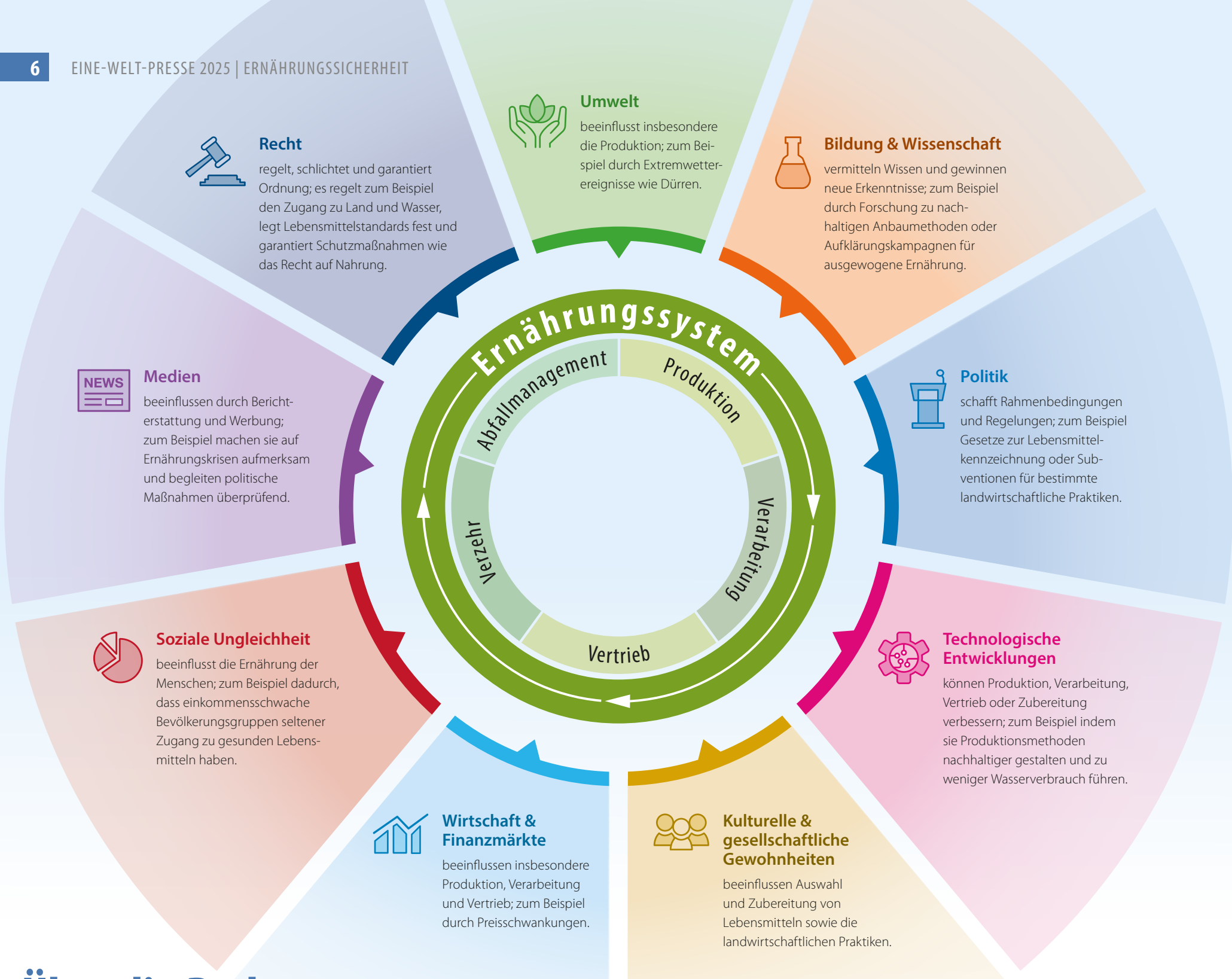
Das völkerrechtlich verankerte Menschenrecht auf Nahrung bietet einen wichtigen normativen Rahmen, um diese Ungleichheiten anzugehen. Hier werden Betroffene nicht als Empfängerinnen und Empfänger von Almosen gesehen, sondern als Inhaberinnen und Inhaber von Rechten begriffen. Die konkreten Probleme der Menschen sowie die Lösungsansätze bilden die Grundlage von politischen Maßnahmen. So verändern sich die Debatten weg von der Frage technologischer Innovationen hin zur Frage der Ernährungssouveränität.

Ernährungssouveränität orientiert sich an den Bedürfnissen der Menschen und bedeutet, dass Staaten ihre eigene Ernährungspolitik gestalten, sich vor dem übermäßigen Einfluss von transnationalen (Agrar-)Unternehmen schützen können sowie Teilhabe und demokratische Prozesse ermöglichen. Dies beinhaltet auch eine Umverteilung von Landbesitz.

Die Aufgabe der Vereinten Nationen

Die Verringerung der Ungleichheit fängt damit an, armutsbetroffenen und ausgegrenzten Gruppen eine wirkungsvolle Mitsprache an Strategien zur Bekämpfung von Ungleichheit zu geben. Daneben kommt der internationalen Kooperation, die auch in den Menschenrechten festgeschrieben ist, eine bedeutende Rolle zu. Unter dem Dach der Vereinten Nationen müssen Lösungen für völlig überschuldete Staaten, ein globales und gerechtes Steuerabkommen oder auch zur effektiveren Durchsetzung der Menschenrechte gefunden werden.

Staaten müssen deshalb den UN-Ausschuss für Welternährung (Committee on World Food Security) stärken, denn hier ist das Menschenrecht auf Nahrung fest verankert und hier können, wie in keinem zweiten Gremium der Vereinten Nationen, die Vertretungen der Betroffenen selbstorganisiert mitreden. Logisch nur, dass viele der dort verhandelten Politikempfehlungen auch die Frage der Ungleichheit deutlich ansprechen.



Über die Bedeutung von nachhaltigen Ernährungssystemen

Mit dem vom UN-Generalsekretär António Guterres initiierten Gipfel für Ernährungssysteme (UN Food System Summit – UN FSS) im Jahr 2021 veränderte sich die Debatte um die Welternährung grundlegend. Die Vorstellung, dass nur immer mehr produziert werden muss, damit niemand mehr auf der Welt hungert, konnte immer weniger überzeugen. STIG TANZMANN, BROT FÜR DIE WELT

Bei Ziel 2 ›Kein Hunger‹ der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) der Agenda 2030 kann man beobachten, dass es mittlerweile Rückschritte gibt. Ziel 2 legt fest, dass alle Menschen bis 2030 »ganzjährig Zugang zu sicheren, nährstoffreichen und ausreichenden Nahrungsmitteln haben« sollen. Tatsächlich steigt die Zahl der Hungernden jedoch sogar wieder. Insbesondere die Frage, warum sich Milliarden Menschen keine angemessene Ernährung leisten können, bleibt unbeantwortet.

Im UN-System wurden deshalb vom Welternährungsausschuss (Committee on World Food Security – CFS) bis zum Jahr 2021 die Leitlinien zu Ernährung und Ernährungssystemen erarbeitet. Im CFS werden auch Gruppen miteinbezogen, die von Hunger und Mangelernährung direkt betroffen sind. Leider wurden der Gipfel für Ernährungssysteme und der Welternährungsausschuss aber nicht miteinander verzahnt, sondern als parallele Strukturen aufgebaut. Um der Agenda 2030 und den Fragen der Welternährung gerecht zu werden, brauchte es komplexere Überlegungen, effizientere und gleichzeitig menschenrechtlich inklusivere Strukturen innerhalb der Vereinten Nationen. Die Strukturen des CFS bleiben bisher beispielhaft und sind nicht auf die ganzen UN ausgeweitet worden.

Nachhaltige Ernährungssysteme als neuer Ansatz

Ernährungssysteme zu betrachten und Ideen für ihre nachhaltige Veränderung zu entwickeln, erschien vielen auf verschiedenen Ebenen der Vereinten Nationen als guter neuer Ansatz. Der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization – FAO) nach umfassen Ernährungssysteme zum einen alle Akteure und ihre wertschöpfenden Aktivitäten, die an der Produktion, der Verarbeitung, der Verteilung, der Zubereitung, dem Gebrauch und der Entsorgung von Lebensmitteln aus der Land- und Forstwirtschaft oder der Fischerei beteiligt sind. Zum anderen ist aber auch das wirtschaftliche, soziale und natürliche Umfeld der Akteure und ihrer Aktivitäten Teil des Ernährungssystems.

Ernährungssysteme sind traditionell von ihrer natürlichen Umgebung beeinflusst. Zum Beispiel sind Ernährungssysteme in Küstennähe stark davon geprägt, Nahrungsmittel aus den Gewässern zu gewinnen, sie zu verarbeiten und zu konsumieren. Auch landbasierte Ernährungssysteme sind von der Verfügbarkeit von Wasser abhängig. Ohne regelmäßige Niederschläge und fruchtbare Böden können sich keine Ernährungssysteme behaupten, die auf Ackerbau basieren. Wo Niederschläge und fruchtbare Böden fehlen, treten nomadische Viehhaltungssysteme an ihre Stelle. Diese Beispiele zeigen, dass zentrale traditionelle Ernährungssysteme maßgeblich von Biodiversität, also der Vielfältigkeit von Pflanzen, Tieren, Pilzen und Mikroorganismen, sowie Klima geprägt werden.

Auch für städtische Ernährungssysteme sind Biodiversität und Klima von Bedeutung, da Städte meist wenig eigene Lebensmittel produzieren und daher auf funktionierende ländliche und globale Versorgungssysteme angewiesen sind. Gleichzeitig ist das Lebensmittelangebot in Städten oft von stark verarbeiteten Produkten wie Fast Food geprägt. Vor dem Hintergrund des Klimawandels stellt sich die Frage, wie Menschen, die in Städten weit entfernt von den Produktionsorten ihrer Lebensmittel leben, auch in Zeiten von Krisen angemessen ernährt werden können.

Die Grenzen des Wachstums für nachhaltige Ernährungssysteme

Eine große Herausforderung für die oben benannten Ernährungssysteme sind die Konzentrationsprozesse, die in den letzten Jahrzehnten in Bereichen der Nahrungsmittelproduktion und Vermarktung stattgefunden haben. Vieles, was heute die Teller der Menschen der Welt füllt, kommt nicht mehr aus der natürlichen Umgebung und dem darauf aufbauenden Ernährungssystem. Dies ist nicht zwangsläufig ein Problem. Globaler Handel mit Lebensmitteln kann Knappheiten überwinden und vor allem die Diversität auf dem Teller erhöhen. Wichtig ist aber, dass die lokalen und regionalen Ernährungssysteme weiter existieren und in Vielfalt wachsen können. Dies wird aber angesichts von immer größer und mächtiger werdenden Oligopol-Strukturen, in denen nur wenige Anbieter vielen Nachfragen gegenüberstehen, immer schwieriger. So dominieren zum Beispiel vier globale Getreidehändler 90 Prozent des Weltgetreidehandels, drei Saatgutkonzerne beherrschen 50 Prozent des kommerziellen Saatgutmarkts und in Deutschland kontrolliert eine Handvoll Lebensmitteleinzelhändler 85 Prozent der Vermarktung. Die Liste der Oligopole ließe sich noch lange fortsetzen und sie beeinträchtigen entweder die Produzentinnen und Produzenten in der Wahl, was oder wie sie im Ernährungssystems anbauen, oder die Menschen in der Wahl, was oder wie sie konsumieren. Viele Oligopole haben inzwischen so eine Marktmacht, dass sie nachhaltigen Ernährungssystemen im Weg stehen, weil sie eine vielfältige Auswahl einschränken. Dies zu ändern, ist eine Herausforderung, der sich Politik, Gesellschaft, aber auch die Konzerne dringend annehmen müssen.

Ernährung in Gefahr

Die Klimakrise droht Hungerkrisen in den kommenden Jahrzehnten zu verschärfen. Und bereits heute hat das veränderte Klima Einfluss auf die Produktion von Lebensmitteln weltweit. EMMA BEELEN, AKTION GEGEN DEN HUNGER

Hunger und Ernährungsunsicherheit sind noch immer weit verbreitete Probleme – knapp drei Milliarden Menschen können sich aktuell keine gesunde Ernährung leisten. Sicher ist: Die Klimakrise wird diese Situation verschärfen. Laut Schätzungen des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) könnten im Jahr 2050 bis zu 183 Millionen weitere Menschen aufgrund von Klimafolgen Hunger leiden. Schon jetzt wirkt sich die Klimakrise direkt auf die Produktion von Nahrungsmitteln aus: So hat am Horn von Afrika seit dem Jahr 2020 eine langjährige Dürre Ernten und Weideland für Nutztiere zerstört. Im Jahr 2022 verwüsteten die historischen Regenfälle und Überschwemmungen in Pakistan nicht nur Felder, sondern auch wichtige Infrastrukturen wie Lager und Transportwege für Nahrungsmittel. Und auch in Deutschland, etwa in Brandenburg, gefährdet wiederkehrende Trockenheit jedes Jahr die angebauten Nutzpflanzen.

Neben Extremwetterereignissen, die durch die Klimakrise immer wahrscheinlicher werden, stellen vor allem die zeitlichen Verschiebungen von Regenfällen und Trockenzeiten die Landwirtschaft vor Herausforderungen. Das veränderte Klima begünstigt außerdem den häufigeren Befall der Feldfrüchte mit Schädlingen.

Klimafolgen für das gesamte Ernährungssystem

Die Klimakrise wirkt sich auf alle Dimensionen von Ernährungssicherheit aus: Knappe Ernten und steigende Preise führen dazu, dass gesunde Ernährung für viele Menschen nicht mehr erschwinglich ist. Auch die Qualität und der Nährstoffgehalt von Lebensmitteln können durch veränderte Wachstumsbedingungen abnehmen, was einen Mikronährstoffmangel bewirken kann.

Darüber hinaus verstärkt die Klimakrise bereits bestehende Bedrohungen für die globale Ernährungssicherheit, wie bewaffnete Konflikte, Vertreibung und Wasserknappheit.

Die Klimakrise ist eine so große Bedrohung der Ernährungssicherheit, weil sie auf ein dysfunktional aufgestelltes Ernährungssystem trifft. Denn eigentlich werden genug Kalorien produziert, um alle Menschen zu ernähren, aber die Verteilung der verfügbaren Nahrung ist ineffizient und sozial ungerecht. Gerade Frauen, Kinder und andere benachteiligte Gruppen sind besonders häufig von Ernährungsunsicherheit betroffen. Durch zunehmende Ressourcenknappheit wird die Klimakrise diese Verteilungsfragen verschärfen.

Kurz- und langfristige Maßnahmen sind gefragt

Ohne die Bekämpfung struktureller Ursachen von Hunger und Mangelernährung werden Klimafolgen für die menschliche Ernährung noch gravierender ausfallen. Neben kurzfristiger humanitärer Hilfe bei ausgefallenen Ernten und Extremwetterereignissen, wie sie unter anderem das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (World Food Programme – WFP) leistet, braucht es also vor allem ein Umdenken in der Produktion und Verteilung von Nahrung, um Ernährung langfristig auf umweltschonende und sozial gerechte Weise zu sichern. Fairness gegenüber Produzentinnen und Produzenten sowie die Förderung vielfältiger Anbauprodukte sind dabei grundlegend. Zudem müssen Frühwarnsysteme für Extremwetterereignisse ausgebaut werden und Kleinbäuerinnen und -bauern müssen besseren Zugang zu Finanzierung erhalten, um ihre Produkte und Anbaumethoden auf ein verändertes Klima einzustellen. Traditionelles und indigenes Wissen kann dabei helfen, lokal angepasste oder besonders widerstandsfähige Nutzpflanzen zu identifizieren und sie im Einklang mit dem lokalen Ökosystem anzubauen. In Bereichen wie Weiterverarbeitung und Lagerung muss zudem das Problem der Lebensmittelverluste angegangen werden. Klar ist: Um die absehbaren Klimafolgen für die weltweite Versorgung mit Nahrungsmitteln abzumildern, müssen auch die Grundursachen von Ernährungsunsicherheit angegangen werden.

Gemeinsam mit einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure und Nichtregierungsorganisationen arbeiten mehrere UN-Einrichtungen an Ernährungssicherung in Zeiten der Klimakrise. Hierzu zählen die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization – FAO) und der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (International Fund for Agricultural Development – IFAD), der vor allem Kleinbäuerinnen und -bauern finanziell unterstützt. Der Welternährungsausschuss (Committee on World Food Security) als Nebenorgan der UN soll die weltweiten Bemühungen für Ernährungssicherheit koordinieren und ermöglicht dafür auch die Teilnahme von Zivilgesellschaft und indigenen Gruppen.

Indigene Hmong-Frauen pflanzen Reissprösslinge in Bắc Hà im Norden Vietnams. (UN Photo/Kibae Park)

Ohne eine andere Landwirtschaft bleibt der Hunger

Ein wichtiger Baustein für Ernährungssicherheit ist der Umbau von Ernährungssystemen. Ansetzen kann man hierfür bei landwirtschaftlichen Praktiken und der Frage, wie nachhaltige Landwirtschaftsmodelle einen Beitrag leisten können. SANDRA KIRCHNER

Jeder elfte Mensch auf der Welt hat nicht genug zu essen und geht abends hungrig zu Bett. Doch der Hunger herrscht nicht überall auf der Welt gleichermaßen. Während manche Regionen kleine Erfolge verzeichnen, verschärft sich die Lage in anderen spürbar. Das zeigt, dass vor allem die Verteilung der Lebensmittel und die strukturellen Ungleichgewichte in globalen Ernährungssystemen das Hauptproblem sind.

Im September 2021 rief UN-Generalsekretär António Guterres deshalb zum ersten Gipfel für Ernährungssysteme (UN Food Systems Summit – UNFSS) – virtuell, aber mit großer Beteiligung: Über 150 Länder sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft kamen zusammen. Der Anlass war klar: Weltweit sind Ernährungssysteme ungerecht und krisenanfällig. Millionen Menschen hungern, während anderswo Lebensmittel verschwendet werden.

Der Gipfel sollte einen weltweiten Wandel anstoßen: wie wir Lebensmittel produzieren, verteilen und konsumieren. Im Fokus standen gesunde Ernährung, nachhaltige Landwirtschaft, sozialer Ausgleich und Umweltschutz, alles eng verknüpft mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs). Ein Aktionsplan soll diesen Wandel vorantreiben. Und damit es nicht bei Absichtserklärungen bleibt, wird alle zwei Jahre überprüft, wie weit die Länder gekommen sind.

Bei der Landwirtschaft ansetzen

Was sich für die Transformation der Ernährungssysteme vor allem ändern muss, zeigt sich auf den Feldern – und entlang der gesamten Ernährungskette. Denn vielerorts wird nicht das produziert, was für eine gesunde Ernährung gebraucht wird. Statt einer vielfältigen Versorgung dominieren oft einige wenige Getreidearten wie Mais, Reis und Weizen. Diese sichern zwar Kalorien, decken aber längst nicht alle Nährstoffbedarfe. In anderen Regionen wiederum fehlt es an stabilen lokalen Märkten oder an Infrastruktur, um überhaupt genügend Lebensmittel für die eigene Bevölkerung bereitzustellen. Gleichzeitig belasten industrielle Anbaumethoden etwa durch den zu hohen Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln oder die Verwendung von zu schweren Landmaschinen Böden, Wasser und Artenvielfalt und verstärken durch Treibhausgasemissionen in der Tierhaltung die Klimakrise. Eine Landwirtschaft, die Ernährungssicherheit und Klimaschutz zusammenbringt, muss anders aussehen.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organisation – FAO) drängt deshalb auf einen grundlegenden Umbau der Ernährungssysteme. Landwirte sollen künftig klimafreundlich und vielfältig wirtschaften: weniger Monokulturen, mehr Obst, Gemüse, Hülsenfrüchte und andere nährstoffreiche Produkte. Böden und Wasser müssen besser geschützt, Pestizide und Kunstdünger reduziert werden. Fruchtwechsel, Mischkulturen und Agroforstsysteme sollen die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen Dürren und Extremwetter machen. Agroforstsysteme sind Landnutzungssysteme, bei denen Bäume und Sträucher mit landwirtschaftlichen Kulturen oder Nutztieren auf derselben Fläche kombiniert werden. Diese Systeme bieten verbesserte Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität und Wasserqualität sowie Schutz vor Erosion.

Das Potential der Agrarökologie

Ein wichtiger Ansatz für die Veränderung der Ernährungssysteme ist das Agrarökologie-Modell. Es verbindet traditionelle Anbauweisen mit modernen ökologischen Erkenntnissen und verfolgt das Ziel, Landwirtschaft im Einklang mit der Natur zu gestalten. Gleichzeitig stärkt Agrarökologie die Vielfalt auf dem Acker, was nicht nur die Ernährung verbessert, sondern auch die Widerstandskraft gegenüber Klimaschocks erhöht. Besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern eröffnet dieser Ansatz neue Chancen: Kleinbäuerinnen und Kleinbauern können unabhängiger wirtschaften und lokale Ernährungskreisläufe stärken. Damit dies gelingt, müssen sie Zugang zu Märkten, Krediten und Landrechten bekommen, denn sie sichern in vielen Ländern die Ernährung der Bevölkerung.

All das hat seinen Preis: Rund 680 Milliarden US-Dollar müssten jährlich weltweit bis zum Jahr 2030 in die Transformation des Ernährungssystems investiert werden, schätzt die FAO. Ein hoher Betrag – aber notwendig, um Ernährungssicherheit und Klimaschutz künftig zusammenzubringen.

Das Menschenrecht auf Nahrung

Auch Nahrung ist ein Menschenrecht – doch leider steht dies in starkem Kontrast zur Realität, in der Hunger und Ernährungsunsicherheit in vielen Teilen der Welt weiterhin stark verbreitet sind.

SARAH BRAND, DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE

Mit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte hat die internationale Gemeinschaft im Jahr 1948 erstmals die Existenz universeller Menschenrechte anerkannt. Dies sind Rechte, die überall, jederzeit und für alle Menschen gelten, unabhängig von Geschlecht, Alter, Ethnie, Religion oder anderen Merkmalen. Anders gesagt: Wir alle haben diese Rechte – einfach nur, weil wir Menschen sind.

Menschenrechte umfassen grundlegende Aspekte der menschlichen Existenz, wie etwa die Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit, sowie politische und soziale Rechte, wie die Rechte auf freie Meinungsäußerung und Bildung – und eben auch Nahrung. Bis dieses Recht (und weitere) für alle Menschen verwirklicht ist, bleibt jedoch viel zu tun.

Steigende Hungerzahlen

Nachdem die Zahl der weltweit von Hunger betroffenen Menschen über Jahrzehnte kontinuierlich gesunken war, stieg sie insbesondere zwischen 2019 und 2021 vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wieder stark an. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen litten im Jahr 2023 weltweit 733 Millionen Menschen an Hunger – etwa 195 Millionen mehr als noch im Jahr 2014. Zudem sind viele Menschen, auch im Globalen Norden, von Fehl- und Mangelernährung betroffen. Nach wie vor sind insbesondere diejenigen gefährdet, die ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängt, benachteiligt oder ausgegrenzt sind, etwa Frauen, Menschen mit Behinderungen, Indigene oder Menschen in Armut.

Das Recht auf angemessene Nahrung

Das Recht auf angemessene Nahrung ist Teil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und wurde 1966 im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) rechtsverbindlich verankert. Artikel 11 des Sozialpaktes begründet das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich ausreichender Nahrung, sowie das Recht vor Hunger geschützt zu sein.

Der für die Überwachung der Umsetzung des Sozialpakts zuständige Ausschuss der Vereinten Nationen hat das Recht auf Nahrung und die damit einhergehenden Staatenpflichten näher definiert: Das Recht auf Nahrung ist dann verwirklicht, wenn alle Menschen jederzeit physisch und wirtschaftlich Zugang zu angemessener Nahrung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung haben. Das bedeutet, dass Menschen in der Lage sein müssen, Nahrung entweder selbst zu produzieren oder über funktionierende Märkte erwerben zu können. Lebensmittel müssen dafür bezahlbar und auch für körperlich eingeschränkte Menschen erreichbar, sowie für den menschlichen Verzehr geeignet sein. Das Recht auf Nahrung erfordert ausdrücklich nicht nur die Deckung eines Mindestbedarfs an Kalorien, sondern die Befriedigung der individuellen Ernährungsbedürfnisse, abhängig beispielsweise von Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand und Beruf.

Staaten müssen das Recht auf Nahrung umsetzen

Alle 173 Staaten, die den Sozialpakt unterschrieben haben, müssen das Recht auf Nahrung achten, vor Eingriffen Dritter (zum Beispiel Unternehmen) schützen, und durch aktive Maßnahmen gewährleisten. Beispiele dafür können sein: Schulspeisungsprogramme und soziale Sicherungssysteme, die eine gute Ernährung auch für finanziell eingeschränkte Menschen ermöglichen, Regulierung von Werbe- und Produktionspraktiken, um es Menschen leichter zu machen, sich gesund zu ernähren, oder auch Regeln zur Kontrolle der Lebensmittelsicherheit.

Bei der Beurteilung ihrer Umsetzung des Sozialpakts werden Staaten an ihren finanziellen und technischen Ressourcen gemessen. An reiche Industriestaaten, wie es beispielsweise Deutschland ist, können somit durchaus höhere Erwartungen gestellt werden als an Staaten mit geringeren Mitteln.

Zusätzlich zum Sozialpakt ist das Recht auf Nahrung in regionalen oder themenspezifischen Menschenrechtsverträgen verankert, beispielweise im Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. 42 Staaten haben das Recht auf Nahrung zudem direkt oder indirekt in ihren Verfassungen anerkannt. So ist es im deutschen Grundgesetz indirekt in den Bestimmungen zur Würde des Menschen (Artikel 1) und zum Sozialstaatsprinzip (Artikel 20) enthalten.

Leitlinien für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung

Im Jahr 2004 verabschiedete die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization – FAO) die Freiwilligen Leitlinien zum Recht auf Nahrung. Die Leitlinien enthalten konkrete Handlungsempfehlungen für Staaten, wie diese das Recht auf Nahrung verwirklichen können. Ihre Anwendung ist freiwillig, sie beziehen sich aber auf die oben erläuterten rechtsverbindlichen Verpflichtungen. Die Leitlinien haben die Entwicklung weiterer Dokumente gefördert, die Empfehlungen für diverse Politikfelder der Ernährungssicherung beinhalten, etwa bezüglich der Regulierung von Landnutzungsrechten oder der Achtung der Rechte indigener Gemeinschaften.

In ihrer Gesamtheit bieten die Menschenrechtsverträge und die darauf basierenden Handlungsempfehlungen Staaten eine umfassende Orientierung zur Umsetzung ihrer Verpflichtungen bezüglich des Rechts auf Nahrung. Und sie bilden einen wichtigen Bezugsrahmen für Betroffene, um ihre Rechte einzufordern und zu verteidigen.

Die Rolle internationaler Organisationen und anderer Akteure

Das Rahmenwerk zum Recht auf Nahrung ist auch für die in diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen von Bedeutung. Insbesondere die bereits 1945 gegründete FAO hat eine wichtige Rolle: Sie soll dazu beitragen, dass die Menschheit frei von Hunger wird. Zu diesem Zweck berät und unterstützt sie Staaten darin, die Ernährungssicherheit zu verbessern. In Hungerkrisen federt das Welternährungsprogramm (World Food Programme – WFP) durch Lebensmittelhilfen die schlimmsten Folgen ab. Aufgrund der steigenden Anzahl an Menschen, die auf Nothilfe angewiesen sind und der sinkenden finanziellen Beiträge an das WFP gerät dessen Arbeit jedoch immer mehr unter Druck. Auch das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte unterstützt Staaten bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung.

Internationale Organisationen und weitere Akteure wie die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft und der Privatsektor können Staaten bei der Umsetzung des Rechts auf Nahrung unterstützen, etwa durch finanzielle und technische Zusammenarbeit, aber auch indem sie Fortschritte einfordern und auf Versäumnisse aufmerksam machen. Im Falle von Verletzungen des Rechts auf Nahrung müssen die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, etwa durch politischen Druck oder auch rechtliche Schritte.

Es bleibt noch viel zu tun

Dennoch zeigt der Anstieg des Hungers, dass das Recht auf Nahrung für viele Menschen weltweit ein leeres Versprechen bleibt. Ein Blick auf die globale Nahrungsproduktion verdeutlicht: Im Jahr 2025 müsste kein Mensch auf der Welt mehr hungern. Es wird insgesamt genug Nahrung für alle produziert, nur ist der Zugang dazu sehr unterschiedlich verteilt. Hunger ist also vor allem eine Folge der Ungleichheiten innerhalb und zwischen Staaten, und somit auch das Resultat politscher Entscheidungen.

Was kann ich tun?

Spende an Organisationen, die sich für Ernährungssicherheit weltweit einsetzen, z. B. Unicef oder WFP.

Eigene Tomaten, Salat oder Erbsen kann man auch auf dem Balkon anbauen.

Beim Foodsharing können überschüssige Lebensmittel abgeholt und verbraucht werden. Das bremst die Lebensmittelverschwendung und spart Geld.

Infos über die Kennzeichnung von Lebensmitteln gibt es z. B. bei der Verbraucherzentrale. Der Kauf von gekennzeichneten Lebensmitteln unterstützt sozial und ökologisch arbeitende Betriebe weltweit.

Regionales und saisonales Einkaufen und Kochen sparen Energie und Transportkosten. Es unterstützt die Region, ist gesund und schmeckt.

Lust auf Engagement in der Nähe? In Deutschland gibt es über 60 Ernährungsräte.

1. Auflage Oktober 2025 · ISSN 1614-5437

HERAUSGEBER
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 · D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0 · Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de · Web: www.dgvn.de
dgvnev DGVN dgvn.e.V un__erwartet

VERANTWORTLICH
Peter Wittschorek, DGVN-Generalsekretär

REDAKTION
Jana Krieg, Sophie Humer-Hager (DGVN)

Gestaltung: Cornelia Agel
Klimaneutrale Produktion und Druck auf Blauer-Engel-zertifiziertem Papier.

Druckprodukt mit finanziellem Klimabeitrag
ClimatePartner.com/11180-2510-1002

Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Informationen und Materialien rund um das Thema Ernährungssicherheit finden sich auf **www.dgvn.de/ernaehrungssicherheit**